

---

# Colin Crouch

---

Postdemokratie revisited

---

edition suhrkamp

---

SV

---

# Colin Crouch

---

Postdemokratie revisited

---

edition suhrkamp

---

SV

Colin Crouch  
Postdemokratie revisited

Aus dem Englischen von Frank Jakubzik

Suhrkamp

*Dem Gedenken Alessandro Pizzornos (1. Januar 1924–4. April 2019), der mir 1973 auf dem Gebiet der internationalen vergleichenden Arbeitsbeziehungen den Einstieg in die akademische Laufbahn eröffnete, mich 1995 nach Florenz und an das dortige Europäische Hochschulinstitut einlud und im Jahr 2002 Guiseppe Laterza auf meine von der Fabian Society als Broschüre veröffentlichte Streitschrift Coping with Post-Democracy aufmerksam machte, was dazu führte, dass ich 2003 Postdemokratie schrieb.*

# Inhalt

Cover

Titel

Widmung

Inhalt

Vorwort

1. Was heißt »Postdemokratie«?
  - Der Augenblick der Demokratie
  - Die Schwächung der Demokratie
  - Verschiedene Formen der Demokratie
  
2. Ungleichheit und Korruption
  - Ungleichheit und Demokratie
  - Von der Lobbyarbeit zur Meinungsmanipulation
  - Neue Formen der Korruption
    - Unvollkommener Wettbewerb und konzernfreundlicher Neoliberalismus
    - New Public Management
    - Das Outsourcing öffentlicher Dienstleistungen
  - Fazit
  
3. Die Finanzkrise 2008
  - Die Deregulierung der Finanzmärkte
  - Was können wir aus der Krise über die Postdemokratie lernen?
    - Hätten stärkere Demokratien die Krise besser bewältigt?
  - Fazit
  
4. Die europäische Schuldenkrise
  - Der Umgang mit der Eurokrise und die Postdemokratie
  - Das postdemokratische Europa

5. Den Teufel mit dem Beelzebub austreiben: Die Politik des nostalgischen Pessimismus

Was ist nostalgischer Pessimismus?

USA

Mittel- und Osteuropa

Westeuropa

Großbritannien und der Brexit

Fazit: Die nichtdemokratischen Stützen der Demokratie

6. Die politischen Implikationen der Corona-Pandemie

Das Coronavirus und die Demokratie

Die Politik in der Pandemie

Bewertung des politischen Umgangs mit der Krise durch die Öffentlichkeit

Das Virus und die Zivilgesellschaft

7. Politische Bindungen im 20. Jahrhundert – und was aus ihnen wurde

Die schwindende Bindung an Klasse und Religion

Kulturelle und wirtschaftliche Aspekte

8. Zur Zukunft der Postdemokratie

Warum die Demokratie nichtdemokratische Institutionen braucht

Demokratische Alternativen wiederbeleben

Die politischen Abläufe verändern

Die wiedererstarkte Umweltschutzbewegung

Die Möglichkeiten der Genderpolitik

Dank

Bibliografie

Abkürzungsverzeichnis

Fußnoten

Informationen zum Buch

Impressum

Hinweise zum eBook

# Vorwort

Die zentrale These meines 2003 erschienenen Buchs *Postdemokratie* lautete, dass sich die Demokratie in vielen Ländern des Westens auf einen Zustand zubewege, in dem sie nur noch ein Schatten ihrer selbst sei. Zwar würden ihre Institutionen und Verfahren nicht angetastet – Wahlkämpfe und Wahlen abgehalten, Regierungen nach wie vor auf friedlichem Wege abgelöst und auch politische Debatten geführt –, doch verliere die Demokratie zunehmend an Lebendigkeit und Verve, da Parteien und Regierungen kaum noch auf von Bürgern aus eigenem Antrieb vorgebrachte Anliegen reagierten, sondern lieber ihre eigenen Themen auf die Agenda setzten und die öffentliche Meinung manipulierten. Die Macht konzentrierte sich mittlerweile in den Händen einer kleinen Elite, die dafür Sorge, dass die Politik zunehmend den Interessen mächtiger Konzerne diene. Allerdings trage niemand, auch nicht die, die davon profitierten, die »Schuld« an dieser Entwicklung, da ihre beiden Hauptursachen sich dem Zugriff der Akteure weitgehend entzögen. Zum einen würden wichtige Wirtschaftsentscheidungen infolge der Globalisierung nunmehr auf Ebenen gefällt, die eine auf den Rahmen des Nationalstaats begrenzte Demokratie nicht mehr erreichen könne, so dass weite Bereiche der wirtschaftspolitischen Debatte gegenstandslos würden. Zum anderen habe die Klassen- oder Religionszugehörigkeit, der einst die Mehrzahl der Bürger ihre politische Identität verdankte, stark an Bedeutung verloren. Deshalb falle es uns auch immer schwerer, die Frage nach unserem politischen Standpunkt zu beantworten. Sofern wir aber diesen Standpunkt nicht bestimmen könnten, seien wir kaum in der Lage, uns aktiv in demokratische Prozesse einzubringen.

Beide Entwicklungen hatten meines Erachtens dazu geführt, dass sich Politik und Alltagsleben zunehmend voneinander entfremdeten. Politiker bedienten sich immer öfter artifizierlicher Formen der Kommunikation mit

ihren Wählern und setzten verstärkt auf einseitige Interaktion per Werbung und Meinungsforschung. Die Wähler würden gleichsam zu Marionetten, die an den Fäden derer hingen, die die öffentliche Meinung manipulierten, ohne Möglichkeit, ihre eigenen Sorgen und Ansichten zu artikulieren. Damit erhöhe sich der Abstraktionsgrad der demokratischen Prozesse – was ein weiterer Schritt in Richtung Postdemokratie sei.

Ich habe damals nicht behauptet, dass wir bereits in einer Postdemokratie lebten – in den meisten etablierten Demokratien waren nach wie vor viele Bürger in der Lage, Forderungen zu äußern und sich den Manipulateuren entgegenzustellen –, doch befanden wir uns meiner Ansicht nach auf dem Weg dorthin.

In drei Punkten habe ich mich damals geirrt. Erstens habe ich mich zu sehr auf die von mir so genannten »Augenblicke der Demokratie« konzentriert, in denen es engagierten Bürgergruppen gelingt, die professionelle Politik zur Beschäftigung mit ihren Anliegen zu veranlassen, und dafür die Institutionen vernachlässigt, die die Demokratie jenseits dieser Momente schützen und bewahren. Zweitens habe ich den xenophoben Populismus – auch wenn ich ihn als eine der Bewegungen benannt habe, die eine Herausforderung für die Postdemokratie zu werden schienen – unterschätzt und nicht vorausgesehen, dass er nur in zweiter Linie eine Gegenbewegung zu postdemokratischen Tendenzen darstellt, in erster Linie aber zu deren Verschärfung führt. Drittens habe ich zwar festgestellt, dass es den mittleren und unteren Klassen in postindustriellen Gesellschaften nicht gelungen ist, eine eigene politische Agenda und Strategie zu entwickeln, und dass dem Feminismus eine wichtige Funktion bei der Bekämpfung postdemokratischer Zustände zukommt, habe dabei aber übersehen, dass manche Elemente des Feminismus eben jene eigene politische Agenda dieser Klassen darstellen.

Zwischen diesen drei Irrtümern besteht ein Zusammenhang. Zu Anfang des 21. Jahrhunderts konnte man wie selbstverständlich von der Vitalität der verfassungsmäßigen Ordnung ausgehen, die die Demokratie schützt –

und zugleich die postdemokratischen Verhältnisse als demokratische erscheinen lässt. Inzwischen jedoch haben die in Europa, den USA und anderswo zu einiger Prominenz gelangten fremdenfeindlichen Bewegungen deutlich gemacht, dass sie die Unabhängigkeit von Institutionen wie Justiz, Rechtsstaat und Parlament keineswegs für unantastbar halten. Da diese Bewegungen hauptsächlich der politischen Rechten angehören, sind es jetzt eher die Parteien der Mitte und der Linken, die diese Institutionen verteidigen. Mit Blick auf die Vergangenheit mag verwundern, dass die Linke die Verfassung gegen eine Rechte in Schutz nimmt, die diese Rolle stets für sich beanspruchte; auch das ein Zeichen dafür, wie sehr sich die Politik verändert hat. Zudem vertreten xenophobe Bewegungen nicht nur die Angst vor und den Hass gegenüber Fremden, sondern auch einen von Pessimismus und Nostalgie getriebenen umfassenden Kulturkonservatismus, der die Entwicklungen etwa auf dem Gebiet der Emanzipation ablehnt. Infolgedessen werden Bewegungen, die zumindest teilweise feministische Ideen vertreten, auch über Emanzipationsfragen hinaus zu ihren Hauptgegnern. Ich hoffe, diese Fehleinschätzungen im Verlauf des vorliegenden Buches korrigieren zu können.

In anderer Hinsicht erscheint *Postdemokratie* heute weniger fehlerbehaftet als veraltet. Das Buch beginnt mit einer Darstellung der Selbstzufriedenheit der Demokraten, die zur Zeit der Niederschrift in vielen Teilen der Welt herrschte. Damals bestimmte noch immer Francis Fukuyamas Bestseller *Das Ende der Geschichte* (1992) das Denken, in dem der Autor die liberale kapitalistische Demokratie als Gipfel menschlicher institutioneller Errungenschaften pries. Erst viele Jahre später warnte Peter Mair in *The Hollowing of Western Democracy* (2013) vor einer »Aushöhlung« der westlichen Demokratie, bevor es 2018 zu einer regelrechten Flut entsprechender Veröffentlichungen kam: *How Democracy Ends* von David Runciman (dt. *So endet die Demokratie*, 2020), *How Democracies Die* von Steven Levitsky und Daniel Ziblatt (dt. *Wie Demokratien sterben*, 2018), Robert Kuttners *Can Democracy Survive Global Capitalism?* (Kann die Demokratie den globalen Kapitalismus überleben?)

und Nancy MacLeans *Democracy in Chains* (Demokratie in Ketten). Dem von der Economist Intelligence Unit der Wochenzeitung *The Economist* erstellten jährlichen »Demokratieindex« zufolge lebten 2006, als dieser Index erstmals erschien, rund 13 Prozent der Weltbevölkerung in »uneingeschränkt funktionierenden Demokratien«. 2017 waren es nur noch 4,5 Prozent (Economist Intelligence Unit 2006ff.).

Zudem schrieb ich das Buch vor der Finanzkrise 2008, die eines meiner zentralen Argumente belegte: dass infolge der Lobbytätigkeit globaler Konzerne eine deregulierte Wirtschaft entstanden war, die es sich leisten konnte, die Interessen aller anderen Gesellschaftsgruppen zu ignorieren. Allerdings hatte ich den ganz besonderen Platz, den der Finanzsektor innerhalb der kapitalistischen Interessenlage einnimmt, und die besonderen Herausforderungen, die sich daraus für die Demokratie ergeben, noch nicht ausreichend würdigen können.

Zwei Jahre später lieferte die Eurokrise eindrucksvolle Beispiele für eine Postdemokratie in Aktion, als man die Parlamente Griechenlands und Italiens vor die Wahl stellte, entweder vom Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Kommission und einem inoffiziellen Komitee führender Banken vorgegebene Ministerpräsidenten zu ernennen oder bei der Bewältigung der Krise auf sich allein gestellt zu bleiben. Die äußere Hülle eines demokratischen Vorgangs blieb gewahrt: Die neuen Ministerpräsidenten (beide ehemalige Angestellte von Goldman Sachs, einer der für die Krise verantwortlichen Banken) wurden nicht einfach eingesetzt, sondern mussten vom jeweiligen Parlament gewählt werden. Ein solches Vorgehen ist typisch für eine Postdemokratie. Allerdings darf man darüber nicht vergessen, dass auch die demokratische Glaubwürdigkeit der vorhergehenden Regierungen beider Länder nicht über alle Zweifel erhaben war.

Im Jahr 2020 brach mit der Corona-Pandemie eine weitere globale Krise herein. Millionen Menschen auf der ganzen Welt steckten sich mit dem neuartigen Virus an, viele erkrankten ernsthaft und für längere Zeit, nicht wenige verloren ihr Leben. In der Annahme, schnell und entschieden

gegen die Ausbreitung des Virus vorgehen zu müssen, nutzten Regierungen ihre exekutiven Befugnisse, um die Bewegungsfreiheit der Bürger bis hin zu mehrwöchigen Ausgangssperren einzuschränken, und brachten die Parlamente dazu, auf ihre diesbezüglichen Kontrollfunktionen zu verzichten. Viele Beobachter sahen darin einen weiteren Beleg für den Niedergang der Demokratie. Darüber kann man verschiedener Meinung sein; diskutiert werden muss die Sache aber in jedem Fall. Sie als Indiz für postdemokratische Verhältnisse zu werten, ist indes nicht zuletzt deshalb problematisch, weil sich dieser Begriff eigentlich auf subtilere Phänomene als die direkte Entmachtung von Parlamenten bezieht. Außerdem könnte die Corona-Pandemie auf unerwartete Weise die Abwehrkräfte gegen die Postdemokratie gestärkt haben – ein Aspekt, mit dem wir uns noch beschäftigen werden.

Und schließlich haben in den Jahren seit der Niederschrift von *Postdemokratie* die sozialen Medien einen beispiellosen Aufstieg erlebt und sind zu einem bevorzugten Werkzeug der politischen Mobilisierung geworden. Damals habe ich begrüßt, dass das aufkommende Internet zivilgesellschaftlichen Gruppen Möglichkeiten eröffnete, sich besser zu organisieren, breitere Debatten anzustoßen und damit eine Gegenkraft zu Konzernen und Medienkonglomeraten zu bilden. Wie wir heute wissen, war das naiv. Inzwischen hat die Internetwirtschaft ihrerseits gigantische Konzerne hervorgebracht und damit den Reichen und Mächtigen des Kapitalismus noch mehr politischen Einfluss verschafft. Zudem hat das Internet die Verbreitung beispielloser Formen der Hassrede und der Volksverhetzung ermöglicht, den Qualitätsverlust von Debatten befördert und die Reichweite von Falschinformationen vergrößert. Oft stehen diese Phänomene mit dem Aufstieg neuer xenophober Bewegungen der äußersten Rechten, die sich selbst als »Alt-Right« beziehungsweise »alternative Rechte« bezeichnen, in Zusammenhang. So haben sich die Neuen Rechten auch an Kampagnen von Impfgegnern und Vertretern diverser Verschwörungsmysmen angehängt. Was nur logisch ist: Da sie glauben (oder zumindest andere glauben machen wollen), dass die Welt von Eliten und Experten regiert wird, die der breiten Bevölkerung

übelwollen und sie mit Mitteln des Staates zu unterdrücken suchen, wird die medizinische Versorgung zu einem naheliegenden Angriffspunkt. Und folglich mischten sich die Neurechten begeistert unter die Coronaleugner.

Zwar bieten soziale Medien zivilgesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen nach wie vor die Möglichkeit, ihren politischen Ansichten mehr Gehör zu verschaffen, doch haben die Besitzer großer Reichtümer Technologien und Kenntnisse eingekauft, mit denen sie sich private Daten von Millionen Bürgern verschaffen und ihnen zielgenau manipulative Botschaften zukommen lassen können, die den Eindruck erwecken, die Meinung einer Mehrheit widerzuspiegeln und von sehr vielen Menschen geteilt zu werden, während sie tatsächlich einer einzigen Quelle entspringen. Eine besser auf postdemokratische Verhältnisse zugeschnittene Form von Politik, die den Anschein eines Meinungsstreits erweckt, tatsächlich aber von einigen wenigen verborgenen Quellen aus inszeniert wird, lässt sich kaum vorstellen. Was zunächst als befreiende, demokratiefördernde Technologie erschien, ist zum bevorzugten Werkzeug einer Handvoll extrem wohlhabender Individuen und Gruppen geworden – die die Unverfrorenheit haben, sich als Gegner der »Eliten« auszugeben. Daher muss über das Verhältnis der sozialen Medien zu Demokratie und Postdemokratie neu nachgedacht werden.

Zugleich lässt sich nicht leugnen, dass sich die beschriebene Mobilisierung durch technologische Manipulation häufig auf tiefempfundene Sentimente und Zugehörigkeitsgefühle stützen kann, die in erheblichen Teilen der Bevölkerung vorkommen und die ich im fünften Kapitel als nostalgischen Pessimismus analysieren werde. Doch werden sie von anderen Teilen der Bevölkerung aus ebenso tief empfundener Überzeugung abgelehnt, wie die US-Präsidentenwahlen vom November 2020 zeigten, in denen mit dem Amtsinhaber Donald Trump ein Held der Neuen Rechten einem liberalen Herausforderer, Joe Biden, gegenüberstand. Während die Wahlbeteiligung bei US-Präsidentenwahlen früher kaum über 50 Prozent und damit, gemessen an europäischen Verhältnissen, ziemlich niedrig lag, stieg sie im Zuge der zunehmenden Spannungen zwischen ethnischen und anderen Identitäten

seit Anfang dieses Jahrhunderts an und erreichte 2016 bereits fast 60 Prozent. 2020 kletterte sie sogar auf nahezu 70 Prozent, wobei Biden rund sieben Millionen Wählerstimmen mehr erhielt als Trump. Deutet sich darin ein Wendepunkt für zumindest einige postdemokratische Trends an?

Die genannten Entwicklungen machen eine Revision, eine Aktualisierung und Neujustierung meiner in *Postdemokratie* vertretenen Argumentation unabdingbar. Im ersten Kapitel des vorliegenden Buchs rekapituliere ich, was ich damals unter dem Begriff verstanden habe und warum es mir wichtig war, darüber zu schreiben. Die Kapitel 2 bis 7 befassen sich dann mit Entwicklungen, die den Trend zur Postdemokratie zu befördern scheinen: die Korruption der Politik durch Reichtum und Lobbyarbeit; die Finanzkrise und die zu ihrer Beendigung ergriffenen Maßnahmen; die Eurokrise und die entsprechenden Gegenmaßnahmen; der Aufstieg des xenophoben Populismus; die politischen Implikationen der Corona-Krise; sowie die schwindende Verankerung der Demokratie in der Bevölkerung.

*Postdemokratie* war eine Warnung, sozusagen eine negative Utopie: In diese Richtung geht die Entwicklung, und das ist schlecht. Wer als Autor\*in einer solchen Dystopie blanken Pessimismus vermeiden will, muss dem Leser aber auch sagen: Wenn dir diese Entwicklung nicht gefällt, können wir etwas dagegen tun. Wie in *Postdemokratie* versuche ich auch diesmal, die Frage, wie es weitergehen soll, am Schluss zu beantworten. Allerdings in anderer Stimmung und mit anderen Ideen als damals.

Ausgangspunkt für *Postdemokratie* war eine Streitschrift, die ich im Jahr 2000 für die Fabian Society geschrieben hatte und die den Titel *Coping with Post-Democracy* trug. Die Veröffentlichungen der Fabian Society richten sich in der Regel an politische Entscheider und machen Vorschläge zur Lösung eines bestimmten Problems. Allerdings waren die politischen Entscheider selbst ein erheblicher Teil des Problems, das ich aufzeigen wollte. Darum wandte ich mich an die gewöhnlichen Bürger, die kaum eine Möglichkeit hatten, etwas gegen die großen sozialen,

politischen und ökonomischen Kräfte zu unternehmen, die hinter der Entwicklung standen. Sie konnten jedoch Ideen entwickeln, wie man mit dieser Entwicklung umgehen und ihre Auswirkungen auf unser aller Leben abmildern könnte.

In meinen Augen war der Trend zur Postdemokratie ein enttäuschendes und besorgniserregendes Phänomen, aber nichts unmittelbar Beängstigendes, mit dem man nicht hätte »klarkommen« können. Heute ist die Situation eine andere. Nicht nur werden mit dem Internet, der Informationstechnologie und den sozialen Medien die wichtigsten neuen Werkzeuge der Zivilgesellschaft gegen diese gewendet, wir sehen uns in den etablierten Demokratien der Welt auch noch mit erheblichen Herausforderungen der verfassungsmäßigen Ordnung und einem Wiederaufleben der Fremdenfeindlichkeit konfrontiert, die praktisch ausnahmslos von der äußersten Rechten ausgehen. Auch wenn diese sich nicht so extrem gebärdet wie die faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts, gehört sie doch derselben politischen Familie an und muss jedem von der rechten Mitte bis zur Linken erhebliches Kopfzerbrechen bereiten – nur der extremen Linken nicht, die die Rhetorik der Rechten teilweise aufgegriffen hat.

Wenn uns die Entwicklung hin zur Postdemokratie an diesen Punkt geführt hat, dann ist die Vorstellung, wir könnten mit ihr »klarkommen«, pure Selbstgefälligkeit. Vielmehr müssen wir ihr entschlossen entgegentreten.

# 1. Was heißt »Postdemokratie«?

Das, was ich unter Postdemokratie verstehe, ist in den britischen Wahlkämpfen der letzten Jahre zu einem ikonischen Bild geronnen, das mehr sagt als viele Worte und das vermutlich auch in anderen entwickelten Demokratien zu besichtigen ist. Es begegnet in zahlreichen Fernsehnachrichtensendungen und zeigt einen Politiker, der eine Rede hält und dabei von einer alle Altersstufen, Ethnien und beide Geschlechter in ausgewogener Mischung repräsentierenden Schar begeisterter Anhänger umringt ist, die Schilder mit Slogans seiner Partei schwenken: Wir sehen einen Politiker in der Mitte des Volkes, das seine spontane Begeisterung äußert. Allerdings haben die Anhänger ihre Schilder nicht selbst angefertigt, sondern sie kurz zuvor von Parteimitarbeitern in die Hand gedrückt bekommen. Und manchmal, wenn eine unbotmäßige Kamera den Blick weitet, wird sichtbar, dass der Politiker lediglich vor einer Handvoll Unterstützer spricht, die man in der Ecke einer großen leeren Lagerhalle zusammengeschoben hat. Weder ist da ein großes Publikum, noch findet eine echte Volksversammlung statt.

Derartige Veranstaltungen werden in vielen Städten abgehalten – die Politiker nehmen weite Wege auf sich, um zu beweisen, dass sie in ihrer Bereitschaft zum Gespräch mit gewöhnlichen Bürgern keinen Winkel des Landes auszulassen gewillt sind. Doch die Hallen stehen fast immer am äußersten Stadtrand, in der Nähe der Autobahnringe und -zubringer, wo sich freiwillig niemand hin verirrt. Aus Gründen der Sicherheit, zur Vermeidung von Staus und aus Angst vor dem Kontakt mit feindseligen Gruppen werden diese Wahlkundgebungen so abgehalten, dass sie kaum größere Teile der Bevölkerung erreichen. Dabei scheinen alle Erfordernisse einer demokratischen Debatte erfüllt: Sämtliche Landesteile werden besucht, der Redner steht nicht abgehoben auf einer Bühne, sondern inmitten einer die gesellschaftliche Vielfalt repräsentierenden

Menschengruppe, er äußert entschiedene und emotionale Appelle. Tatsächlich aber sind diese Veranstaltungen so bar jeder ernsthaften Begegnung und inhaltlichen Auseinandersetzung wie die Hallen, in denen sie stattfinden.

Die Vorsilbe »post« wird heute häufig gebraucht: Man spricht von der postindustriellen Gesellschaft, der Postmoderne, von postliberalen oder postironischen Erscheinungen. Dieser Wortgebrauch erscheint kennzeichnend für eine Gesellschaft, die zwar weiß, woher sie kommt und was sie bald nicht mehr sein wird – nicht aber, wohin sie sich entwickelt. Dabei hat die Vorsilbe eigentlich eine präzise Bedeutung. Essenziell für ein mit »post-« bezeichnetes Phänomen ist die Vorstellung, dass es eine Parabel durchlaufen habe.

Abbildung 1 gibt einen Eindruck von dieser Idee. Nach seinem ersten Auftreten gewinnt das Phänomen an Relevanz, bis diese einen Gipfelpunkt erreicht und wieder abzunehmen beginnt – um schließlich etwa auf denselben Wert zurückzufallen wie zu Beginn. Allerdings verschwindet die Geltung, die es im Lauf der Zeit erworben hat, nicht völlig. Es hat Spuren im Gedächtnis der Zeitgenossen hinterlassen und, noch wichtiger, auf seinem Höhepunkt zur Schaffung von Institutionen geführt, die wenigstens für einen gewissen Zeitraum weiterbestehen. Deshalb ist die Welt, sagen wir, 70 Jahre nach dem Aufkommen der Sache auch nicht mehr dieselbe wie im Jahr 0.

Nehmen wir als Beispiel die Eigenschaft »postindustriell«. Sie lässt sich ziemlich genau messen, etwa am Anteil der entsprechenden Arbeitsplätze am Arbeitsmarkt oder als Anteil industrieller Produktion am Bruttoinlandsprodukt. Letzterer stieg von einem sehr niedrigem Niveau zu Beginn der Industrialisierung kontinuierlich an, erreichte einen Höchstwert (der in den meisten westlichen Ökonomien in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts lag) und sank dann wieder. Heute liegt er auf einem ähnlichen Niveau wie in der Frühphase der Industrialisierung. Das bedeutet aber nicht, dass wir in »vorindustrielle« oder »nichtindustrielle« Gesellschaften zurückfallen. Die Zuwächse des Industriezeitalters und

seine Auswirkungen auf unser Leben sind nach wie vor präsent; daher leben wir in einer »postindustriellen« Welt.

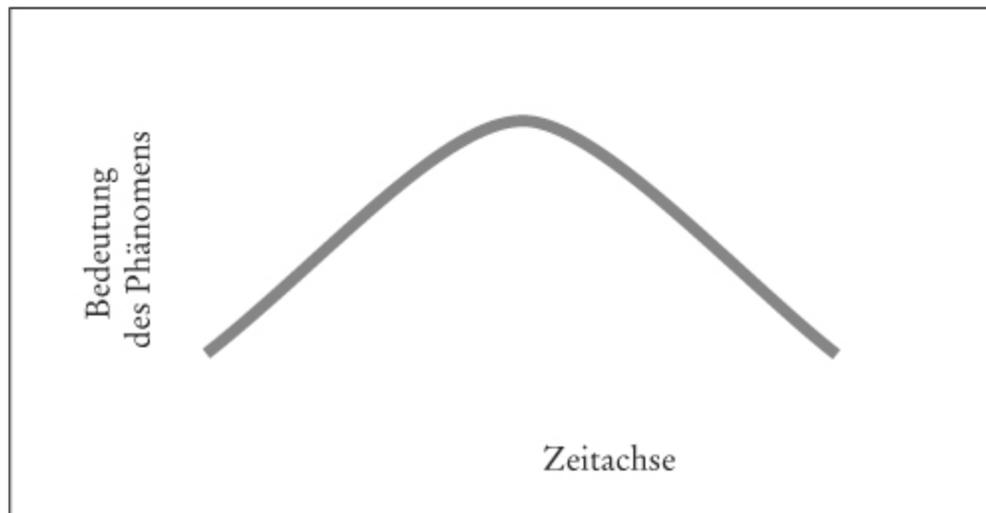


Abbildung 1: Vom Prä- zum Post-: parabelförmige Bedeutungsentwicklung eines Phänomens

Ähnliches gilt für die Demokratie. Die Tatsache, dass, wie ich unten ausführen werde, die Demokratie in den vergangenen Jahrzehnten an Kraft verloren hat, bedeutet nicht, dass wir in vor- oder nichtdemokratischen Gesellschaften leben. Von den Errungenschaften der demokratischen Epoche ist ein umfangreiches Vermächtnis an Praktiken, Haltungen, Werten und Institutionen geblieben. Das gibt Anlass zu Optimismus, erklärt aber auch eine wichtige Eigenschaft postdemokratischer Zustände: Da die demokratischen Institutionen und Haltungen weiterhin existieren, merken wir nicht, dass die Demokratie geschwächt und die Macht innerhalb des politischen Systems auf eine kleine Elite aus Politikern und Konzernen übergegangen ist, die eine Politik nach den Wünschen Letzterer betreiben.

In seiner Auseinandersetzung mit meinen Überlegungen vertritt Stephen Welch in seinem Buch *Hyperdemocracy* (2013) die Auffassung, dass wir heute nicht etwa einen Verfall der Demokratie erleben, sondern sie im Gegenteil zu stark auszuweiten versuchen, indem wir Dinge in die politische Debatte hineinziehen, die sich dafür nicht eignen. Allerdings

handelt es sich lediglich um zwei Seiten derselben Medaille. Im Grunde laufen unsere Diagnosen auf dasselbe hinaus, denn gerade dann, wenn sich die politische Diskussion um nichts mehr dreht, versucht sie sich auf alles auszuweiten. In Ermangelung eines echten Richtungsstreits (eines der wesentlichen Merkmale einer Demokratie) beginnen Politiker, alle möglichen Nebenfelder zu beackern, um vermeintliche Unterschiede zwischen sich und ihren Gegnern herauszuarbeiten, etwa in Hinsicht auf ihre persönliche Moral oder ihre Meinung zu einem bestimmten medizinischen Verfahren oder die beste Methode, Kindern Lesen und Schreiben beizubringen. Damit dringt die Politik – ob demokratisch oder nicht – in Gebiete vor, deren Problemlagen einer Lösung mit politischen Mitteln nicht zugänglich sind.

Um mein Argument zu untermauern, dass sich gewisse Veränderungen in unserem politischen Leben als Schritte auf dem Weg zu einer Postdemokratie beschreiben lassen, muss ich zweierlei belegen: dass es in nicht allzu ferner Vergangenheit eine Zeit gegeben hat, von der man sagen könnte, die Demokratie sei in ihr stark gewesen; und dass sich diese seither im Niedergang befindet. Untersuchen wir daher zunächst, was einen »Augenblick der Demokratie« ausmacht.

## **Der Augenblick der Demokratie**

Eine Demokratie gedeiht, wenn die Mehrzahl der gewöhnlichen Bürger über hinreichende Möglichkeiten verfügt, die Tagesordnung öffentlicher Debatten mitzubestimmen, sei es über Diskussionen oder eigenständige Organisationen, und wenn sie diese Möglichkeiten auch aktiv nutzt. Das ist ein hoher Anspruch, ein idealtypisches Modell, das sich nie vollkommen verwirklichen lässt; aber es zeigt, wie alle unerreichbaren Ideale, eine Richtung an. Es eignet sich sehr gut, um zu bestimmen, an welchem Punkt unsere Demokratien stehen und welche Fortschritte von dort aus möglich sind. Dabei kommt es entscheidend darauf an, einen hohen Maßstab anzulegen, anstatt vom Ideal, wie oft üblich, so

umfangreiche Abstriche zu machen, dass es schlicht dem faktisch Erreichten entspricht. Auf diese Weise fördert man nur Selbstzufriedenheit, Eigenlob und einen Mangel an Aufmerksamkeit für Entwicklungen, die die Demokratie schwächen.

Jenem hohen Anspruch kommt eine Gesellschaft wahrscheinlich in den ersten Jahren nach Einführung der Demokratie oder nach einer großen Staatskrise am nächsten – wenn sich viele Bürger in den demokratischen Verfahren engagieren und intensiv am politischen Geschehen Anteil nehmen, weil sie merken, dass es ihr Leben unmittelbar betrifft; wenn viele verschiedenartige Gruppen und Organisationen gewöhnlicher Bürger sich an der Aufgabe beteiligen, eine politische Agenda zu bestimmen, in der sich ihre Sorgen und Wünsche widerspiegeln; wenn sich die Mächtigen, die ihre Interessen in undemokratischen Gesellschaften einfach durchsetzen, unerwarteter Gegenwehr gegenübersehen und in die Defensive gedrängt werden; und wenn das politische System noch nicht herausgefunden hat, wie es die neuerdings an es gerichteten Forderungen unterdrücken und manipulieren kann. Diese Elemente vor allem machen einen Augenblick der Demokratie, wie er mir vorschwebt, aus.

Die meisten Teile Westeuropas und Nordamerika erlebten zwischen den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts (in den USA und Skandinavien) und den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg (in den anderen Ländern) einen solchen Augenblick der Demokratie. Zuvor hatte es nur an wenigen Orten längere Perioden gegeben, in denen zumindest die erwachsenen Männer über volles Wahlrecht verfügten, und in noch weniger Ländern hatten Frauen politische Rechte genossen. Nun aber begriffen Millionen gewöhnliche Bürger, dass sie in politischen Fragen mitreden konnten, und schlossen sich Parteien und Organisationen an, um ihre Interessen zu vertreten. Schon zuvor war eine Art demokratisches Rumoren zu vernehmen gewesen, vor allem um die Jahrhundertwende und während des Ersten Weltkriegs. Doch in vielen europäischen Ländern hielten die Eliten, die es gewohnt waren, dass die Politik allein ihren Interessen diene, das Vordringen des Plebs in ihre privilegierten Bereiche für

unannehmbar. Angesichts dessen schlugen sich viele von ihnen samt ihren Einflussmöglichkeiten auf die Seite faschistischer und nationalsozialistischer Parteien, die, ihrer populistischen Rhetorik und Massenbasis zum Trotz, der Demokratie zutiefst feindselig gegenüberstanden und sie, einmal an die Macht gelangt, mit rücksichtsloser Gewalt unterdrückten. Erst die Niederlagen Hitlers, Mussolinis und anderer faschistischer »Führer« und die Verwüstung ihrer Länder im Zweiten Weltkrieg brachten diese Eliten dazu, freie Wahlen und die Teilnahme nicht aus ihren Reihen rekrutierter Gruppen an der politischen Auseinandersetzung zu akzeptieren.

Am deutlichsten wird dies an den Themen, die die sozialdemokratische und sozialistische Linke bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts auf die Tagesordnung zu setzen versucht hatte: Arbeitnehmerrechte, Sozialstaat, kostenlose beziehungsweise stark subventionierte Bildung und Gesundheitsfürsorge, Umverteilung durch Steuern. Und nicht nur die Linke bekannte sich zu diesen Forderungen. Die Demokratisierung wirkte sich beispielsweise auch auf die Katholischen Kirche aus. Seit der Französischen Revolution hatte sie sich gegen jede Einschränkung der Herrschaft aristokratischer und anderer Eliten gewandt und im 20. Jahrhundert die Unterdrückung junger Demokratien durch Faschisten in Italien, Portugal und Spanien unterstützt. Allerdings gab es in der katholischen Politik auch einen christdemokratischen Flügel, der den vorherrschenden Autoritarismus ablehnte. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs ließ sich diese Gruppe nicht mehr von den katholischen Eliten marginalisieren, die Christdemokratie wurde zur bestimmenden Form christlicher Politik und bildete über Jahrzehnte hinweg die erfolgreichste Parteiengruppe im westlichen Europa. All diese Erscheinungen und Entwicklungen ermöglichten einen Augenblick der Demokratie.

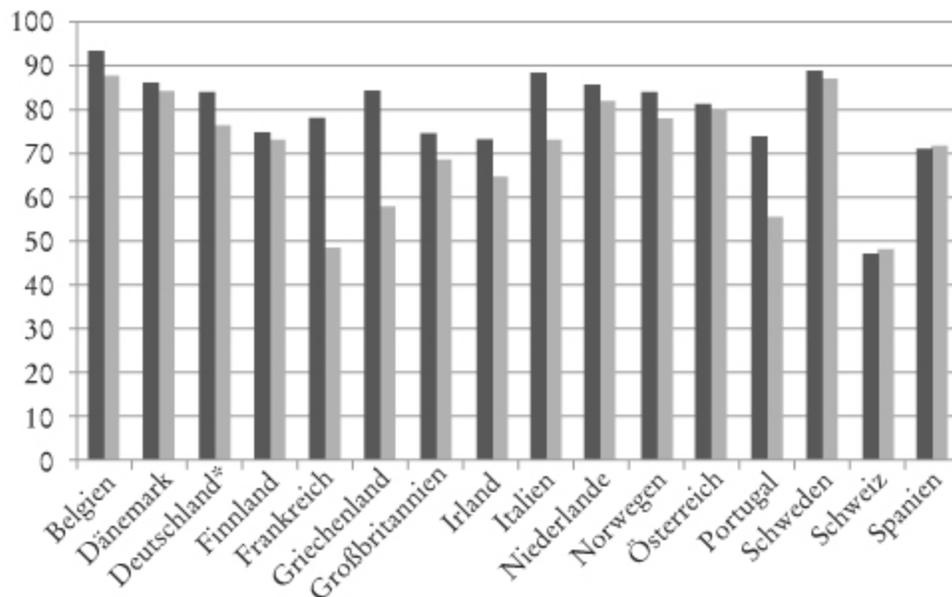
## **Die Schwächung der Demokratie**

Ein solch hoher Demokratisierungsgrad konnte natürlich nicht auf Dauer erhalten bleiben, mit einem gewissen Maß an Entropie war zu rechnen. Zudem haben zwei Faktoren, die ihrerseits einen dritten hervorbrachten, diesen Prozess beschleunigt: die Globalisierung der Wirtschaft und die damit verbundene Entstehung von Megakonzerne; die Veränderung der Klassenstruktur und (in Westeuropa, aber nicht in den USA) der schwindende Einfluss der Kirchen, die zusammen mehr oder weniger unvermeidlich eine Schwächung der wichtigsten Kräfte herbeiführten, die gewöhnliche Bürger ins politische Leben eingebunden haben; sowie die aus diesen Entwicklungen resultierende Tendenz, dass sich Politiker zunehmend von ihrer Basis in der Bevölkerung entfernen und stattdessen die Nähe globaler Wirtschaftseliten suchen.

Die Globalisierung bewirkt in zweierlei Hinsicht eine Schwächung der Demokratie. Zum einen wird durch sie der Einflussbereich nationalstaatlicher Regierungen beschnitten. Wenn die wichtigsten Wirtschaftsentscheidungen auf globaler Ebene getroffen werden, während die Demokratie auf den Rahmen des Nationalstaats beschränkt bleibt, müssen demokratische Beschlüsse in vielen Hinsichten gegenstandslos erscheinen. Zum anderen haben transnationale Unternehmen, die über Politik und Jurisdiktion des einzelnen Nationalstaats hinausgewachsen sind, stärker als alle anderen Institutionen von der Globalisierung profitiert. Wenn ihnen das Steuersystem oder die Vorschriften und Gesetze in einem Land nicht gefallen, können sie jederzeit damit drohen, in ein anderes zu wechseln – weshalb immer mehr Staaten darum wetteifern, ihnen günstigere Bedingungen und Steuersätze anzutragen, da sie auf die Investitionen angewiesen sind. Die Demokratie hat schlicht und einfach nicht Schritt halten können mit der globalen Ausbreitung des Kapitalismus. Das Höchste, das sie erreicht hat, sind Zusammenschlüsse von Staaten, aber selbst die mit Abstand wichtigste Vereinigung, die Europäische Union (EU), ist verglichen mit den gewandten Konzernriesen ein tapsiger Zwerg und überdies zwar bei weitem demokratischer als andere Staatenbünde, aber für sich genommen auch nicht besonders demokratisch.

Der Neoliberalismus, die gegenwärtig vorherrschende politisch-ökonomische Ideologie, hat sich die unvermeidlich mit der Globalisierung einhergehende Schwächung des Nationalstaats zunutze gemacht. Wenn man glaubt, dass Regierungen grundsätzlich inkompetent sind und Konzerne stets effizient agieren, erscheint es sinnvoll, Ersteren so wenig Macht wie möglich und Letzteren jede nur denkbare Freiheit vor staatlichen Eingriffen zu gewähren. In den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts sind viele Politiker und Akteure aus allen Bereichen des politischen Spektrums zu genau dieser Überzeugung gelangt. Das hatte fast zwangsläufig einen Bedeutungsverlust der Demokratie zur Folge.

Mit dem zweiten Faktor verhält es sich ein wenig anders. Klassenbeziehungsweise Religionszugehörigkeit sorgten dafür, dass unpolitische Bürger überhaupt ein politisches Bewusstsein entwickelten. Wie ich im sechsten Kapitel ausführlicher darlegen werde, stellten diese sich in den Auseinandersetzungen um den Zugang zu fundamentalen Bürgerrechten wie dem Wahlrecht auf eine bestimmte Seite: Aufgrund meiner Klassenbeziehungsweise Religionszugehörigkeit weiß ich, welche Partei sich für »meinesgleichen« einsetzt, und kann bei Wahlen entsprechend abstimmen. Mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts hörten diese Kämpfe auf, Teil der unmittelbaren Erfahrung zu sein, und wurden zu etwas, von dem einem Eltern und Großeltern erzählen. Den Angehörigen der neuen Klassen, die im Zuge der Entwicklung einer postindustriellen Gesellschaft entstanden, machte niemand ihre Bürgerrechte streitig, weshalb ihnen ein wichtiger Anhaltspunkt dafür fehlte, wo ihre politische Heimat war. Infolge der Säkularisierung der europäischen Gesellschaften und der Abkehr führender Kirchenvertreter von konservativen Standpunkten lässt sich aus der Religionszugehörigkeit ebenfalls keine eindeutige politische Verortung mehr ableiten.



\* Der Wert für Mitte der 1980er Jahre bezieht sich nur auf die Bundesrepublik.

*Quelle: Berechnungen des Autors auf Basis von Zahlen von Wikipedia*

Abbildung 2: Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen in westeuropäischen Ländern, Mitte der 1980er Jahre (dunkelgrau) und Ende der 2010er Jahre (hellgrau)

Die meisten Bürger gehen bis heute wählen, auch wenn die Wahlbeteiligung fast überall zurückgegangen ist und die Stimmabgabe den meisten nicht mehr viel bedeutet. Abbildung 2 zeigt die Veränderung der Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen in den wichtigsten westeuropäischen Ländern zwischen der Mitte der achtziger Jahre und den jüngsten Wahlen (bis Mitte 2019). Dabei werden naturgemäß weder die Schwankungen zwischen diesen Zeitpunkten noch besondere Faktoren berücksichtigt, die in einzelnen Ländern eine Rolle gespielt haben mögen. Gleichwohl ist zu erkennen, dass die Wahlbeteiligung – mit Ausnahme der Schweiz (wo sie schon immer niedrig war) und Spaniens (wo sie minimal zugenommen hat) – überall zurückgegangen ist. In manchen Fällen nur geringfügig, in anderen deutlich. In zwei Ländern, Belgien und Italien, wurde die Wahlpflicht in dieser Zeit abgeschafft, was aber kaum Auswirkungen auf den allgemeinen Trend gehabt zu haben scheint.